

Parlamentarische Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betreff: Zukunft der Kita „Freche Früchtchen“ in Hailer und Datengrundlage für die zukünftige Kita-Struktur

Die Stadt Gelnhausen überprüft derzeit aufgrund der Entwicklung der Kinderzahlen ihre zukünftige Kita-Struktur. Hierzu hat der Magistrat eine Kommission „Kinderbetreuung“ eingesetzt, deren erste Sitzung am 14. August 2026 stattfand. In dieser Sitzung wurden den Mitgliedern zahlreiche statistische Daten und Bewertungen präsentiert. Die Präsentation sowie weitere nachgeforderte Unterlagen wurden den Mitgliedern bislang jedoch nicht zur Verfügung gestellt.

Gleichzeitig wurde inzwischen öffentlich eine mögliche Schließung der Kita „Freche Früchtchen“ in Hailer thematisiert.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Magistrat um Beantwortung der folgenden Fragen bis **spätestens zum 24.08.2026**:

I. Stand der Entscheidungsfindung

1. Welche Varianten zur zukünftigen Struktur der städtischen Kinderbetreuung werden derzeit durch den Magistrat bzw. die Verwaltung geprüft?
2. Seit wann wird die Schließung der Kita „Freche Früchtchen“ als konkrete Variante geprüft?
3. Wer hat die Aufnahme gerade dieses Standortes in die Schließungsprüfung veranlasst?
4. Existiert hierzu bereits eine verwaltungsinterne Empfehlung, Entscheidungsvorlage, Wirtschaftlichkeitsberechnung oder sonstige schriftliche Bewertung?
5. Hat der Magistrat bereits formelle oder informelle Entscheidungen bezüglich der Kita „Freche Früchtchen“ getroffen? Falls ja: wann und mit welchem Inhalt?
6. Auf welcher konkreten Datengrundlage wurde gegenüber dem Ortsbeirat Hailer bzw. öffentlich die mögliche Schließung der Einrichtung thematisiert?
7. Welche weiteren Kita-Standorte wurden anhand derselben Kriterien geprüft und mit welchem Ergebnis?

II. Verfahren und Kommission

1. Welche konkrete Aufgabe wurde der Kommission „Kinderbetreuung“ vom Magistrat übertragen?
2. Soll die Kommission verschiedene Handlungsoptionen ergebnisoffen prüfen oder lediglich zu einer zuvor durch Verwaltung bzw. Magistrat entwickelten Vorzugsvariante Stellung nehmen?
3. Warum wurden die in der Sitzung vom 14.08.2026 präsentierten Unterlagen den Kommissionsmitgliedern bislang nicht zur Verfügung gestellt?

4. Wann werden

- die vollständige Präsentation,
- die Datengrundlagen,
- die Entwicklungsprognosen,
- die Gebäudeinformationen,
- die Wirtschaftlichkeitsberechnungen und
- die angeforderten ergänzenden Unterlagen

übersandt?

5. Welche weiteren tatsächlichen oder organisatorischen Maßnahmen im Zusammenhang mit einer möglichen Schließung wurden seit Beginn der Prüfung bereits vorgenommen?
6. Wurden oder werden Anmeldemöglichkeiten, Platzvergaben oder Neuaufnahmen an einzelnen Standorten im Hinblick auf eine mögliche zukünftige Schließung eingeschränkt oder verändert?
7. Welche Rolle soll die Empfehlung der Kommission für die endgültige Entscheidung spielen?
8. Welches Organ soll nach Auffassung des Magistrats die endgültige Entscheidung über die dauerhafte Schließung eines städtischen Kita-Standortes treffen?

III. Jugendhilfeplanung

1. Wurde der Main-Kinzig-Kreis als Träger der öffentlichen Jugendhilfe bereits in die Prüfung eingebunden?
Falls ja: wann, in welcher Form und mit welchem Ergebnis?
2. Liegt der Stadt eine aktuelle Jugendhilfe- bzw. Bedarfsplanung des Main-Kinzig-Kreises für die Kinderbetreuung in Gelnhausen vor?
3. Wie wird sichergestellt, dass eine etwaige Veränderung der Kita-Struktur mit der mittelfristigen Bedarfsplanung nach § 80 SGB VIII vereinbar ist?
4. Welche Vorsorge wird für einen derzeit nicht prognostizierten zusätzlichen Platzbedarf getroffen?

Begründung

Die Stadt Gelnhausen hat zur Überprüfung der zukünftigen Kita-Struktur eine Kommission „Kinderbetreuung“ eingesetzt. Aus Sicht der anfragenden Fraktion sollte diese Kommission der Ort sein, an dem die fachlichen Entscheidungsgrundlagen zunächst vollständig zusammengeführt, geprüft und unterschiedliche Handlungsoptionen ergebnisoffen miteinander verglichen werden.

Hierzu gehören insbesondere die Entwicklung des Betreuungsbedarfs, die Situation der einzelnen Standorte, wirtschaftliche Auswirkungen, soziale und pädagogische Gesichtspunkte sowie mögliche Alternativen zu einer Standortschließung. Die hierfür

erforderlichen Daten und Unterlagen sollten den Mitgliedern der Kommission vollständig zur Verfügung gestellt werden, damit auf dieser Grundlage eine fachlich belastbare Empfehlung erarbeitet werden kann.

Die abschließende Entscheidung über eine grundlegende Veränderung der städtischen Kita-Struktur sollte aus Sicht der anfragenden Fraktion anschließend auf Grundlage dieser Vorarbeiten und einer entsprechenden Beschlussempfehlung durch die Stadtverordnetenversammlung getroffen werden.

Die vorliegende parlamentarische Anfrage dient daher ausdrücklich nicht dazu, die inhaltliche Beratung der Kommission vorwegzunehmen oder parallel zu führen. Sie soll vielmehr klären, ob das bisherige und das weitere Verfahren diesem Verständnis entspricht.

Von besonderer Bedeutung ist dabei, ob die Kommission tatsächlich ergebnisoffen beraten kann, welche Entscheidungen oder organisatorischen Maßnahmen bereits vor ihrer Beratung getroffen oder vorbereitet wurden, welche Bedeutung ihrer Empfehlung zukommen soll und welches kommunale Organ nach Auffassung des Magistrats letztlich über eine dauerhafte Schließung eines städtischen Kita-Standortes entscheidet.

Anlass für diese Fragen ist insbesondere, dass bereits öffentlich eine mögliche Schließung der Kita „Freche Fröschchen“ thematisiert wurde, obwohl die der Kommission in ihrer ersten Sitzung am 14. August 2026 präsentierten Unterlagen und weitere dort angeforderte Entscheidungsgrundlagen bislang nicht vollständig zur Verfügung gestellt wurden.

Die Anfrage soll deshalb dazu beitragen, ein transparentes und nachvollziehbares Verfahren sicherzustellen: zunächst eine vollständige fachliche Prüfung und Empfehlung durch die eingesetzte Kommission und anschließend – auf Grundlage der erarbeiteten Ergebnisse – die politische Beratung und Entscheidung durch die Stadtverordnetenversammlung.

Die Beantwortung der Anfrage ist bis zum 24.08.2026 notwendig, aufgrund des öffentlichen Verhaltens des Bürgermeisters, welches eine derart kurzfristige Beschäftigung mit der Thematik notwendig macht. Die Antworten sollen im Zweifel zusätzlich in der Präsidiumssitzung am 24.08.2026 besprochen werden.